

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 58 | Montag, den 27. Februar | Jahrgang 1928

Rom gegen Wien.

Vor einer Woche hat der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel — er war gerade von bedeutsamen Besprechungen mit dem tschechischen Außenminister Benesch aus Prag zurückgekehrt — zu einer Interpellation Stellung genommen, die durch die Christlichsoziale Partei im Nationalrat wegen der Bedrückung Südtirols durch den italienischen Machthaber eingebracht worden war. In seiner Antwort war Dr. Seipel sehr ruhig, juristisch kühl, und die politische Situation klar abwägend. Einige Tage später brachte der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Kolb die südtiroler Angelegenheit erneut vor den Nationalrat und schilderte die Zustände im einzelnen mit derart lebhaften Farben, daß ein Teil der Abgeordneten zu bitteren Tränen gerührt wurde. Die Stellungnahme Dr. Seipels blieb wieder auf der zurückhaltenden Linie seiner Interpellationsantwort. Er sagte aber, daß ein Versuch weiteren politischen Vorgehens, insbesondere ein Appell an den Völkerbund, die Lage der südtiroler Deutschen nur noch mehr verschlimmern müsse, politisch sei ein solcher Appell zwecklos.

Die diplomatisch zurückhaltenden Bemerkungen Dr. Seipels sind trotz ihrer Beschränkung auf das Juristische eine Kritik an der brutalen Verwaltungstätigkeit der italienischen Behörden im Innern Italiens und namentlich des von ihm annektierten Südtirols gewesen. Als eine solche Kritik, und nur als Kritik, sind sie in Italien verstanden worden und haben das entsprechende Echo geweckt. Dafür, daß es eine alte kulturelle Gemeinsamkeit zwischen den Deutschen Südtirols und den Deutschen in Oesterreich gibt, hat man selbstverständlich in dem national übersyannten Italien kein Verständnis. Außerdem ist das Mussoliniregiment kritischer Ausstellungen durch die Unterdrückung der nichtfaschistischen Presse seit langem derart entwöhnt, daß schon aus diesem Grunde allein der Kern verständlich wird, in dem sich gegenwärtig die italienische Presse gegen Oesterreich im allgemeinen und gegen den Bundeskanzler Seipel im besonderen ausläßt. Man fordert, daß der italienische Gesandte in Wien abberufen werde. Vorläufig ist er aber nur zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Nationalrates nach Rom beschieden worden. Das Wort von der Einmischung in die inneren italienischen Verhältnisse kehrt in allen italienischen Zeitungen wieder. Der Gedanke, daß die Behandlung der deutschen Minderheiten in Südtirol mehr als nur italienische Bedeutung haben könnte und über die Belange der Politik des Obersten faschistischen Rates hinausgehe, wird als eine verächtliche Beleidigung bezeichnet.

Man könnte sagen, daß Mussolini dieser neue „Fall" in Südtirol insofern gelegen käme, weil damit die öffentliche Aufmerksamkeit von der Waffenschiebungsaffäre von St. Gotthardt, die sowohl für Italien als Ursprungsland und für Ungarn als Bestimmungsland der Waffensendung unangenehm ist, abgelenkt würde. Aber so einfach liegen die Dinge wohl nicht. Die südtiroler Interpellation ist von Dr. Seipel in dem Augenblicke beantwortet worden, als er gerade von den Besprechungen mit Benesch zurückgekommen war. Und es hieß in den offiziösen Verlautbarungen über diese Prager Zusammenkunft ausdrücklich, daß die Frage eines Regionalpaktes unter den Staaten an der Donau zur Erörterung gestanden habe. Mussolini wird also kombinieren, daß die Wiener Politik einen Vorteil darin sieht, mit der Kleinen Entente in ein engeres Verhältnis zu kommen, was soviel bedeuten würde, daß bei einem Waffengange zwischen Jugoslawien und Italien Mussolini der freundschaftlichen Neutralität Oesterreichs nicht mehr sicher sein könnte, Das aber wäre eine Entwicklung, die für Italien wegen der Eisenbahnen im Brennergebiet außerordentlich bedeutsam sein würde. Ein Oesterreich, das nicht den italienischen Expansionsbestrebungen seine wohlwollende Neutralität leiht, kann angesichts der strategischen Verhältnisse nördlich der Adria nur als Gegner Italiens betrachtet werden.

Vor diesem Hintergrund bekommt die Auseinandersetzung zwischen Rom und Wien einen ganz besonderen Charakter, sie erscheint in dem Lichte sich anbahnender Kräftegruppierungen an der Donau. Diesem Umstande gegenüber können die Vermutungen nicht viel besagen, die an die Reibungen erinnern, die in letzter Zeit zwischen dem Vatikan und der italienischen Politik in Erscheinung getreten sind. Der „Osservatore Romano" ist das einzige Blatt in Italien, das noch eine etwas kritische Sprache dann führen kann, wo kirchliche Rechte durch den Mussolinismus verletzt werden. Dieses Blatt hatte sogar kürzlich riskiert, unumwunden zu erklären, daß für die Kurie der Faschismus nur eine italienische „Partei" darstelle, was soviel heißen sollte: das politische Italien kann in seinem eigentlichen Sein und Leben durch den Faschismus nicht völlig erschöpft und repräsentiert werden. Es wird nun in Rom kombiniert, daß die etwas zugespitzte Politik Seipels gegenüber Italien in der letzten Zeit auf vatikanische Einflüsse zurückzuführen sei. Auch die Wiederannäherung der Prager Regierung an die Kurie wird in diesem Zusammenhange als bemerkenswert genannt. Wir glauben aber, daß die Wiederannäherung der Donaustaaten untereinander genügend Anlaß ist, um die Aufmerksamkeit Mussolinis zu reizen.

Heute Regierungserklärung im Reichstag.

Weicht eine Partei ab, ist alles aus.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 26. Febr. (Drahtb.)

Vizekanzler Hergt wird am Montag nachmittag 3 Uhr die Regierungserklärung verlesen, die im Kabinett ihrem Inhalt nach am Samstag beraten und deren Wortlaut im Laufe des Sonntags fertiggestellt wurde. Die Regierungserklärung beschäftigt sich nur mit dem Notprogramm und nicht etwa mit außenpolitischen oder anderen politischen Problemen. In der Erklärung wird, wie der „Montag" zu wissen vorgibt, noch einmal entsprechend der amtlichen Erklärung, die beim Abschluß der Verhandlungen über das Arbeitsnotprogramm veröffentlicht wurde, festgestellt werden, daß das Kabinett seine Aufgaben in der Erledigung des Etats und in der Erledigung des Notprogramms sieht und daß nach diesen Aufgaben die Auflösung des Reichstages erfolgen soll. Es wird aber wohl, wie aus der gleichen Quelle verlautet, in der Regierungserklärung noch betont werden, daß sich das Kabinett jede Entscheidung für den Fall vorbehält, daß die Erledigung des Arbeitsnotprogramms sich bis Ende März nicht durchführen läßt.

Weiter soll mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß das Arbeitsnotprogramm ein unteilbares Ganzes ist und zwar einschließlich des Nachtragsetats und des ordentlichen Etats für 1928/29. Diese innere Verbindung zwischen den zur Durchführung des Programms notwendigen Gesetzen und Etats und dem Nachtragsetat ergebe sich schon daraus, daß die für das Programm erforderlichen Mittel in beiden Etats enthalten seien. Wenn ein Teil des Programms dadurch nicht im Reichstag zur Annahme kommen sollte, daß eine Partei von den nach dem Scheitern des Schulgesetzes getroffenen Vereinbarungen wieder abwiche, so würde das den völligen Bruch innerhalb des Kabinetts und eine sofortige politische Krisis bedeuten, wobei die Entscheidung über jede weitere innerpolitische Maßnahme nur beim Reichspräsidenten liegen würde, der zwischen der Auflösung des Reichstages und einem nochmaligen Versuch der Durchführung des Notprogramms zu wählen hätte. Das gelte auch für den Fall, daß das Notprogramm durch Schwierigkeiten im Reichsrat scheitern sollte.

Zu der gestrigen Kabinettsbesprechung berichtet die „Tägliche Rundschau": Der Abschluß der Beratungen über das Notprogramm und die Regierungserklärung hat dem Kabinett keine sachlichen Schwierigkeiten bereitet. Auch über die Mehrbewilligung ist innerhalb des Kabinetts und mit den ehemaligen Regierungsparteien ein Einvernehmen erzielt worden. Die Beratungen des Kabinetts bezogen sich auf die Verteilung der Mittel im einzelnen und auf die praktische Durchführung des Programms. Es mußte Klarheit geschaffen werden darüber, welche Teile des Programms in der Form von Gesetzesvorlagen zu erledigen sind und welche Teile auf dem Verordnungswege durchgeführt werden können. Das Kabinett ist bei seiner ursprünglichen Absicht geblieben, die Gesetzesvorlage mit dem Etat und dem Nachtragsetat in einem Mantelgesetz zu vereinigen und zwar derart, daß jeder einzelne Teil des Programms nur dann in Kraft treten kann, wenn es gesamt vom Reichstag verabschiedet worden ist. Die Verordnung soll nicht in das Mantelgesetz einbezogen werden. Es herrscht aber im Kabinett auch darüber Einigkeit, daß die Verordnung unbedingt zum Gesamtprogramm gehöre und mit den Gesetzesvorlagen und dem Etat ein unteilbares Ganzes bilde, auf dessen restlose Erledigung das Kabinett bestehen wird.

Das Kabinett tritt am Montag vormittag um 11 Uhr nochmals zu einer Beratung zusammen, in der der am Sonntag festgelegte Text der Regierungserklärung besprochen werden soll. Schwierigkeiten sind von dieser Beratung des Kabinetts nicht zu erwarten.

Die italienisch-österreichische Spannung.

Heute oder morgen antwortet Mussolini.

◇ Rom, 26. Februar.

Anläßlich der Wiedereröffnung der Kammer am Montag nachmittag, vielleicht auch erst am Dienstag, wird Mussolini auf die Anfragen der faschistischen Abgeordneten Pelissari und Sansanelli, der Mitunterzeichner einer Interpellation über die Südtirol-Debatte im österreichischen Nationalrat, antworten. In dieser Interpellation wird der Regierungschef und Minister des Aeußern auch angefragt, aber in den Protesten nicht die unzulässige Einmischung eines fremden Staates in die innere Gesetzgebung Italiens erblicke. Vorher wird sich Mussolini von dem dringend nach Rom berufenen italienischen Gesandten in Wien, Auriti, über die Vorgänge und die Stimmung in Oesterreich genau unterrichten lassen. Auriti ist gestern abend von Wien abgereist. Die Geschäfte der Wiener Gesandtschaft führt in der Abwesenheit des Gesandten der erste Gesandtschaftssekretär.

Inzwischen nimmt die Pressepolemik gegen die Südtirol-Debatte im österreichischen Nationalrat ihren Fortgang, wenn sie auch etwas ruhiger geworden ist. Im „Giornale d'Italia" heißt es, der italienische Gesandte in Wien werde Mussolini genau über die Worte und Kundgebungen in Wien informieren, die nicht ohne direkte Verantwortung der Zentralregierung hätten erfolgen können Die Haltung Seipels sei diesmal über die Interessen Oesterreichs hinausgegangen. Solche Irrtümer dürften nicht wieder vorkommen. Italien dulde keine Zweideutigkeiten in den internationalen Beziehungen. Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien würden geprüft und bald geklärt werden. Der Lärm in Wien und Innsbruck dürfe Italien nicht allzulange beschäftigen, weil ferner wichtigere Aufgaben harrten. Der Leitartikel des Blattes ist ferner der Angelegenheit von St. Gotthard gewidmet, die auch andere Blätter erörtern. „Impero" schreibt, das Italien Mussolinis sei ruhig und gemäßigt, weil es stark sei. Italien wisse sehr wohl, daß Oesterreich heute eine arme Provinz sei. Im „Popolo d'Italia", dem offiziellen faschistischen Parteiblatt, schreibt Arnaldo Mussolini, der Bruder des Ministerpräsidenten, in einem Artikel, der ausdrücklich als rein redaktionelle Aeußerung bezeichnet wird, Italien dulde keine Einmischung. Er fragt, wie es möglich sei, zehn Jahre nach dem Waffenstillstand eine Frage wie die südtiroler aufzuwerfen. Italien werde sich durch Zweideutigkeiten nicht irreführen lassen. Das österreichische Trommelfeuer gegen Italien errege dessen Verachtung. Seipel werde gut tun, nicht länger die Empfindlichkeit der Italiener zu reizen. Er würde auf Granit beißen.

Heute erkundigten sich Polizeibeamte bei verschiedenen Zeitungsverkäufern nach österreichischen Zeitungen und nahmen einige mit. Wann Ministerpräsident Mussolini die angekündigte Rede halten wird, ob am Montag oder am Dienstag, ist noch unbekannt.

*

Die südtiroler Frage eine Frage des Weltgewissens.

)) Wien, 25. Februar.

Zur Abreise des italienischen Gesandten nach Rom äußerten die in Wien weilenden tiroler Abgeordneten einer Korrespondenzmeldung zufolge u. a., angesichts der Sympathiekundgebungen, die ihnen aus den verschiedensten Ländern zugegangen seien, hätten sie wohl das Recht, die südtiroler Frage als eine Frage des Weltgewissens zu bezeichnen. Die österreichische Regierung werde sich bis zur Rede Mussolinis jeder Stellungnahme enthalten. Niemand denke derzeit die Herausgabe des deutschen Südtirol zu verlangen, aber das Recht, überall für eine menschenwürdige Behandlung der deutschen Minderheit in Italien einzutreten, werde man sich nicht nehmen lassen. Aus Dankbarkeit für die Nahrungsmittelhilfe könne man nie und nimmer die nationale Existenz von hunderttausenden deutschen Volksgenossen verkaufen.

Die Blätter heben gegenüber den Aeußerungen der italienischen Presse erneut hervor, daß die Auffassung, als ob die Debatte im Nationalrat Ausdruck des Hasses gegen Italien gewesen sei, ganz verfehlt wäre. Nicht Haß sei es, was sich hier äußere, sondern tiefe und schmerzliche Erregung und der innige Wunsch, daß endlich die Ursachen für die Mißverständnisse beseitigt würden. Die Debatte im Nationalrat sei in betont ruhiger Weise geführt worden. Die Erklärung des Bundeskanzlers habe sich streng im Rahmen der Gepflogenheiten bei Erörterung internationaler Fragen gehalten, und der Verlauf der Debatte über die südtiroler Frage sei nicht geeignet gewesen, die Ehre und das Selbstgefühl der italienischen Nation zu verletzen. Man würde es daher hier nicht verstehen können, wenn sich aus dieser Debatte weitergehende Konsequenzen zwischen Oesterreich und Italien ergeben sollten. Vielmehr glaube man annehmen zu dürfen, daß die maßgebenden italienischen Kreise den Standpunkt der österreichischen Regierung würdigen werden, die es peinlich vermeide, sich in die inneren Angelegenheiten Italiens einzumischen, über sich trotzdem nicht der Volksstimmung hier verschließen könne, zumal diese im Falle Südtirol geeignet erscheine, den Ausbau der friedlich-nachbarlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien zu gefährden.

Die Koalitionskrise in Bayern.

Die Gefährdung der Beamtenbesoldungsreform.

Von unserm Münchener Korrespondenten.

◇ München, 25. Februar.

Sozusagen über Nacht ist man in Bayern in die bedenklichste Koalitionskrise hineingeschlidert. Ihren Ausgangspunkt bildet die Frage der Besoldungsneuregelung für die bayerische Beamtenschaft. Die von der bayerischen Regierung hierzu ausgearbeitete Vorlage, die im großen und ganzen die Angleichung der Besoldung der bayerischen Beamten an jene der großen Reichsregelung erstrebt, bildete schon seit einiger Zeit den Gegenstand eingehender Verhandlungen innerhalb der Regierungskoalition. Die bayerische Regierung legte von allem Anfang an Wert darauf, daß vor der Zuleitung einer entsprechenden Vorlage an den Landtag innerhalb der Koalition eine Uebereinstimmung über die Grundzüge der Neuordnung erreicht wird, damit für die Landtagsverhandlungen von vornherein eine feste Mehrheit für die Regierungsvorlage gesichert sei. In letzter Linie aber waren diese Wünsche der bayerischen Regierung bedingt durch die Erfahrungen, die die stärkste Koalitionspartei, die Bayerische Volkspartei, mit dem dritten Koalitionspartner, dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund, seit Anbeginn der gegenwärtigen politischen Zusammenarbeit gemacht hatte.

Es ist an dieser Stelle schon des öfteren über die beamtenfeindliche Haltung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes gesprochen worden. An dieser Tatsache ändern die Beteuerungen der einflußlosen Fraktionsleitung im Landtage nicht das geringste und ebensowenig die Redeströme, die aus dem Munde des Landwirtschaftsministers Fehr, eines der Hauptstützen der Bauernbündler, ins bäuerliche Land hinausfließen. Die radikale Linke in der Bauernpartei hat das Heft in der Hand und nährt in raffinierter Propaganda die Stimmung, die gegen die Festbesoldeten im bayerischen Staate, soweit sie nicht dem Bunde angehören, nun einmal vorhanden ist. Natürlich tragen in der Praxis auch die in München sitzenden Führer des Bauern- und Mittelstandsbundes schon mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen dieser Stimmung Rechnung.

Daß die taktische Einstellung der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen bei der Beratung der Vorlage schon im Schoße des bayerischen Ministerrates eine wichtige Sache war, ist durch die Vorgänge der

Bandenüberfall auf einen Zug in Chicago.

300 000 Dollar geraubt.

Passagiere und Zugpersonal unter Feuern zusammengetrieben. — Der Postwagen mit Dynamit gesprengt.

× Chicago, 25. Febr. In einem Vorort Chicagos brachten heute sechs maskierte Räuber durch Flaggensignale einen Zug zum Stehen, um den Postwagen zu berauben. Nachdem sie die Bahnangestellten und Reisenden durch mehr als 30 Schüsse eingeschüchtert hatten, erbrachen sie den Geldschrank des Postwagens, aus dem sie etwa 300 000 Dollar erbeuteten. Darauf ergriffen sie in zwei bereitstehenden Automobilen die Flucht.

:: Chicago, 26. Febr. Zu dem Ueberfall von 6 maskierten Räubern auf einen Zug in einem Vorort von Chicago wird noch gemeldet: Ein Räuber hatte bereits vor dem Ueberfall den Zug, der aus zwei Personenwagen, zwei Gepäckwagen und dem Postwagen bestand, als Passagier bestiegen. Nachdem der Zug zum Halten gebracht worden war, drangen einige Banditen in die Personenwagen ein und trieben die Passagiere und das Zugpersonal unter fortgesetztem Feuern zusammen. Darauf sprengten sie die Tür des Postwagens mit Dynamit und übermannten die zwei Postbeamten und zwei Regierungsbeamten, welche die Geldbeträge bewachten, unter denen sich 80 000 Dollar befanden, welche die Federal Reserve Bank in Chicago an die First National Bank in Harvey sandte, ferner 50 000 Dollar der First National Bank in Chicago, die für ihre Filiale in Harvey bestimmt waren. Die meisten Geldbeträge waren für Lohnzahlungen an Angestellte der Fabriken in Harvey bestimmt. Der Ueberfall erfolgte an derselben Stelle, an der im vorigen Jahr ein Zug überfallen worden war, wobei 95 000 Dollar geraubt wurden. Die Polizei vermutet, daß es sich um dieselben Räuber handelt wie damals

letzten Tage schlagend bewiesen worden: Die bayerische Bauernpartei verhält sich gegenüber den Wünschen ihrer Koalitionspartner durchaus ablehnend. Dabei kann man, von rein taktischen Gesichtspunkten gesehen, von ihrer Haltung zweifellos etwas lernen. In geradezu raffinierter Zweiteilung lehnt sie unter Berufung auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage Bayerns eine Erhöhung der Gehälter für die höheren Beamten ab und will nur einer mäßigen Besoldungserhöhung für die unteren und mittleren Beamten bis zur Gruppe X zustimmen; die Erhöhung der Gehälter der höheren Beamten soll auf einen „geeigneten Zeitpunkt", d. h. auf den Nimmerleinstag, verschoben werden. Natürlich steht hinter dieser Einstellung des Bauernbundes jedermann den parteiagitatorischen Pferdefuß hervorschauen, und man betont in den Reihen der Bayerischen Volkspartei wie der Deutschnationalen ganz mit Recht, daß für den verantwortungsbewußten Gesetzgeber bei einer Neuerung des Besoldungswesens nur die Gesamtheit der Beamtenschaft in Frage kommen kann, aber nicht der Gesichtspunkt, inwieweit eine Partei auf Wähler aus der Beamtenschaft Rücksicht nehmen zu müssen glaubt.

Schließlich aber haben alle Vorstellungen seitens der Koalitionsparteien, alle bisherigen Appellationen der Beamtenschaft und alle Drohungen der nichtbäuerlichen Koalitionspresse mit dem Bruch der Koalition beim Bauernbund nichts genützt, er blieb auf seinem Standpunkt beharren und hat sich gestern nachmittag endgültig für das „Nein" entschieden. Man wird innerhalb der bayerischen Regierungskoalition unbedingt mit diesem Entschluß als einer politischen Tatsache rechnen müssen. Denn Herr Städele, der politische Fraktionsdelegierte des Bauernbundes zu allen Koalitionshandlungen und Besprechungen, ist klug genug gewesen, zu seiner Deckung sich die Zustimmung seiner Partei zu sichern, die er auf der für die nächste Woche zusammengerufenen Tagung der Landesvorstandschaft seiner Partei zweifellos auch einstimmig bekommen wird.

Damit ist nicht nur das bayerische Besoldungsgesetz gescheitert, sondern auch die bayerische Regierungskoalition vernichtet. Denn ohne Zweifel muß auch die kühlste Beurteilung der Sachlage zu dem Schluß kommen, daß selbst die weitherzigste Koalitionsauffassung — in Bayern hat man für Weitherzigkeit in dieser Beziehung im Verlauf der letzten vier Jahre geradezu Standardleistungen vollbracht — in diesem Fall der Bauernbund unmöglich von seinen Koalitionsverpflichtungen entbinden konnte, zumal ja auch die beiden anderen Regierungsparteien den bayerischen Beamten nur das zu geben wünschen, was das Reich den Reichsbeamten gewährt hat. Der offizielle Bruch der Koalition dürfte wohl noch einige Tage auf sich warten lassen, da auch die beiden übrigen Koalitionsparteien bürgerliche Vertreter in ihren Reihen haben und gerade deshalb jede von ihnen dem Bauernbund für den offiziellen Austritt den Vorrang lassen wird. Daß die Situation sehr ernst ist, steht außer jedem Zweifel. Einen wirklichen Ausweg hat noch keines der vielfachen Orakel gezeigt; nach der gestrigen brüsken Absage des Bauernbundes sind auch die leisesten Hoffnungen auf eine noch zu erwartende gütliche Einigung restlos zerschlagen.

Für den Fall, daß die parlamentarische Behandlung der Besoldungsvorlage im Bayrischen Landtag mit einer Niederlage der Regierung durch die Nichtannahme des Gesetzes enden sollte, hält man in unterrichteten Kreisen die Bildung eines Geschäftsministeriums für wahrscheinlich, da eine neue Koalitionsbildung vor den Neuwahlen kaum zustande kommen dürfte.

dig, daß in der Partei wieder der Standpunkt der Gerechtigkeit rücksichtslos vertreten werde. Erfreulicherweise habe die offene Aussprache bereits günstige Auswirkungen gezeitigt, so die dahingehende Entschließung des Reichsparteiausschusses der deutschen Zentrumspartei, die feste Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages zum Notprogramm. Gerade die Zentrumsfraktion habe sich hier die Fürsorge für die bedrängten Volksgruppen sehr angelegen sein lassen. Von einem Wahlmanöver könne hier nicht gesprochen werden. Dieser Ansicht müsse er als Arbeiterführer entschieden entgegentreten. Andere Parteien glauben sich freuen zu dürfen über die letzten Auseinandersetzungen im Zentrum. Demgenüber müsse er doch sagen: Sie brauchen sich nicht über unser Verhalten die Köpfe zerbrechen, wir werden schon selbst nach dem Rechten sehen. Das Zentrum ist in seinem Programm, in seiner Zusammensetzung und in seinem Willen zur sozialen Arbeit für die bedrängten Volksgenossen so stark, daß es sich solche Auseinandersetzungen erlauben kann. In anderen Parteien tue man besser, vor der eigenen Türe zu kehren. Man sollte sich besser fragen, warum finde sich in diesen Parteien keiner, der den Mut habe, nach dem Rechten zu sehen. Nachdem Hue und Legien nicht mehr seien, finde in der sozialdemokratischen Partei keiner den Mut dafür. „Wo finden wir hier eine entschiedene Haltung für die Aufbesserung der Lage der Arbeiterschaft? Mit Anträge ist es nicht getan, eine billige Geste, die dem Arbeiter nichts einbringt. (Lebhafte Zustimmung.) Bezüglich der Zentrumspartei habe ich die feste Ueberzeugung, daß wir Arbeiter in unserer Partei wieder zu dem rechten Verhältnis kommen werden. Auch für die Zukunft ist das Zentrum die notwendigste Partei im Parlamente. In der Vergangenheit hat die Zentrumspartei das Wohl des Gesamtvolkes als Richtschnur seines Handelns angesehen, es hat alle Schwierigkeiten mit seiner Führung und Initiative gehoben. Das Zentrum war immer dabei, wenn es galt, in der Verantwortung gegenüber dem Volke auszuharren, während die anderen links und rechts sich seitwärts in die Büsche schlugen. Rechts und links drückte man sich vor der Verantwortung. Ich erkläre, ich halte das Zentrum wegen der sozialen und ideellen Seite seines Handelns für durchaus notwendig, deshalb haben wir Arbeitnehmer auch unsere ganze Kraft in der Mitarbeit in der Partei einzusetzen um ihren Charakter als Volkspartei nicht nur zu erhalten, sondern auch noch schärfer herauszuprägen." Hier wiederholte Imbusch unter stürmischen Beifallskundgebungen den Satz seiner Oberhausener Rede: „Das Zentrum muß bleiben, was es in der Vergangenheit war, eine christlich-soziale Partei. Es geht um ein Christentum der Tat. Vertiefen wir die sozialen Gedanken, führen wir die sozialen Grundsätze der Zentrumspartei aus, dann verleihen wir der Zentrumspartei eine Stoßkraft im Parlament, die der Arbeiterschaft, aber auch allen anderen Berufsgruppen des deutschen Volkes zum Nutzen gereichen wird."

Imbusch unterstrich diesen Satz noch mit einem besonderen Hinweis auf die kommende Wahlbewegung, die dem Reichstag und Landtag ein starkes Zentrum zuführen müsse im besten Sinne der Erhaltung der geraden Linie in unserer Außen- und Innenpolitik.

„Wohin, Freund Imbusch?"

Ein Artikel Dr. Wirths und drei Antworten darauf.

Eine neue Rede des Reichstagsabgeordneten Imbusch.

Die bekannten Reden, die der Reichstagsabgeordnete Imbusch in Gelsenkirchen, Oberhausen, Berlin und Hamm gehalten hat, haben vor kurzem Dr. Wirth Veranlassung gegeben, in einem Artikel „Wohin, Freund Imbusch?" zu der Bewegung Stellung zu nehmen, die durch jene Reden eingeleitet worden ist. In diesem Artikel, von dem wir wie der überwiegend größte Teil der Zentrumspresse bisher keine Notiz genommen haben, weil wir ihn nicht zur Beseitigung der sozialen Spannungen im Zentrum für geeignet halten, werden den Führern der christlichen Gewerkschaften verschiedene Vorwürfe gemacht. Wenn wir jetzt rein referierend kurz darauf eingehen, so deshalb, weil inzwischen sowohl von Seiten der christlichen Gewerkschaften — außer Ausführungen im „Deutschen", ein offener Brief an Wirth von Johannes Breddemann, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der „Essener Volksztg." — wie auch von Seiten der katholischen Arbeitervereine — ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Joos in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" — und schließlich noch eine am gestrigen Sonntag gehaltene Rede Imbuschs als Antworten vorliegen. Wie die Dinge heute liegen, würde die Unterlassung einer Unterrichtung unserer Leser über diese Diskussion journalistische Pflichtversäumnis bedeuten.

Dr. Wirth hat Imbusch und Stegerwald u. a. den Vorwurf gemacht, daß sich ihre politische Anschauung allein im Sozialen erschöpfe, daß sie einen Gegensatz zu den Intellektuellen, zu den Akademikern, sowie eine Feindschaft zu den Politikern, die nicht gewerkschaftlich gebunden seien, in einem nicht mehr überbrückbaren Ausmaße herbeigeführt hätten, daß der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler Politik und Partei dirigieren wolle, daß die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer eine Tendenz offenbare, die mit gewissen syndikalistischen Gedankengängen nicht gänzlich unverwandt sei, daß die christlichen Gewerkschaftsführer sich auf dem Wege in die Anschauungsweisen des wirtschaftlichen Sozialismus befänden und daß nur die besonderen gewerkschaftlichen Organisationsinteressen sie noch hindern, dies in irgendeiner Weise anzuerkennen. Dr. Wirth sagt außerdem, am liebsten sei es ihm, wenn der Mann direkt vom Schraubstock komme, weil er dann als Einzelmensch komme in politischer Freiheit mit offenem Blick und mit offenem Ohr für das, was im Volke vorgehe, weil er dann nicht durch die Organisation gebunden sei und nicht auf die eigene freie Meinungsäußerung verzichtet habe.

Der Gewerkschaftsführer Breddemann bezeichnet in seinem offenen Brief die Vorwürfe Wirths als völlig haltlos und sagt u. a.:

„Ihre Behauptung, daß die Anschauungen in den Kreisen der zum Zentrum gehörigen christlichen Gewerkschaftler sich im Sozialen erschöpfen, daß bei ihnen die weltanschauliche und politische Ideologie geradezu ausgeschaltet würde, findet in der Vergangenheit nicht die geringste Stütze. Der Vorwurf der weltanschaulichen Unzuverlässigkeit klingt gerade aus Ihrem Munde im höchsten Maße befremdend. Bei den vor einigen Monaten gepflogenen Unterhaltungen über das Reichsschulgesetz konnten weite Kreise von Ihnen die Auffassung gewinnen, daß gerade Sie keinen übermäßig großen Wert auf die Betonung des Weltanschaulichen legen. . . . Wenn Sie von den Artikeln der Verfassung reden, die den Weg zeigen sollen für die soziale Gestaltung aller unser Gesellschafts- und Wirtschaftsleben betreffenden Gesetze, so ist doch wohl die Frage erlaubt: Wo waren Sie, Herr Dr. Wirth, als in den letzten Jahren gerungen und beschlossen wurde über die Gestaltung wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Gesetze? Bisher haben wir noch nie gehört, daß Sie in ernsten Situationen versucht haben, mit Ihrem Einfluß in sozialem Sinne gestaltend in den Gang der Dinge einzugreifen. Die Begriffe von Demokratie und Republik werden zur inhaltlosen Phrase, zum Deckmantel für die hemmungslose Auswirkung unsozialer Kräfte, wenn man sie nur in schönen Reden feiert, aber die wichtige und mühsame Arbeit der sozialen Fundamentierung dieser Begriffe vernachlässigt. . . . Sie glauben, daß das Verhalten der christl. Gewerkschaftsführer im Zentrum einer hoffnungslosen Stimmung entspringt, weil angeblich die letzte Koalition mit ihrem reaktionären Schwergewicht die sozialen Hoffnungen enttäuscht hat. Ihre Denkweise erschöpft sich auch hier lediglich in den formalen Begriffen von links- und Rechtskoalition. Dabei ist doch längst offenbar, daß diese Begriffe sich mit der Wirklichkeit nicht decken. Viele rechtsstehenden Leute sind sozial durchaus fortschrittlich, während auf der linken Seite recht viel doktrinäres Spießertum dem gesunden sozialen Fortschritt hemmend im Wege steht. Gerade in der letzten parlamentarischen Periode wurden wichtige sozialpolitische Gesetze nicht koalitionsmäßig entschieden, sondern von Mehrheiten, die sich mit dem Kreis der Koalition nicht deckten."

Der offene Brief schließt, daß Wirth vor einigen Jahren von der Tribüne des Reichstages verkündet habe, wenn es einmal zum Kampf zwischen Arbeitern und Bürgertum komme, dann würde er auf Seiten der Arbeiter stehen. Wirth habe aber seine Anhänger bitter enttäuscht. Nicht in tönenden Reden und rauschenden republikanischen Kundgebungen erfüllten sich die Geschicke des deutschen Volkes, sondern nur durch ein wirklich soziales Programm der Tat, das im Geiste christlicher Gerechtigkeit die Grundlagen für eine wahre Volksgemeinschaft schaffe.

Der Abgeordnete Joos betont in seiner Entgegnung auf Wirths Artikel, daß es sich heute innerhalb der christlichen Arbeiterschaft kurz gesagt um besseres Brot und um mehr soziale und gesellschaftliche Geltung handele. Die Arbeiter hätten zur Zeit die Empfindung, daß sie, wirtschaftlich und sozial genommen, stecken bleiben und nicht weiter kommen. Joos verteidigt die christliche Gewerkschaftsbewegung gegen den Vorwurf des „Antiintellektualismus". Er stellt fest, daß sowohl im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, als auch im Deutschen Gewerkschafts-Bund seit Jahren akademische Kräfte in einflußreicher Stellung und zum großen Nutzen der Bewegung verwendet würden. Ein Denken, das das Berufsständische, das Gewerkschaftliche, das Soziale, jedes für sich nun getrennt vom anderen betrachte, sei in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nie in Geltung gewesen.

Gestern hat nun Imbusch selbst auf die an ihn von Wirth gerichtete Frage geantwortet, und zwar in einer Rede vor Zentrumswählern aus dem Arbeiterstand in Düsseldorf. Er erklärte, wie uns von dort berichtet wird, die Behauptung Wirths, er und Stegerwald hätten sich in einer scharfen Form gegen die Intellektuellen in der Zentrumspartei gewandt, als nicht stichhaltig. Sie beide seien durchaus nicht gegen die genannte Schicht in der Zentrumspartei, vielmehr hätten sie sich schon vor Jahren dafür eingesetzt, daß die geistige Arbeit besser bewertet werde. Diese Schicht müßten wir haben, wenn nicht unser Volk zugrunde gehen soll. Er stelle fest, daß man sich nicht gegen die Akademiker ausgesprochen, sondern daß man nur die Auffassung vertreten habe, daß nicht schon jeder zur Führerschaft in der Partei geeignet sei, eben nur aus seiner Akademikerschaft heraus. Hier sei Wert auf eine zielbewußte Mitarbeit der Akademikerschaft in der Partei zu legen. Wirth habe ferner in seinem Artikel behauptet, daß Stegerwald und Imbusch das Wirtschaftlich-Soziale als das Primäre in der Politik sähen. Hierzu führte Imbusch aus:

„Solche Vorwürfe dürften gegen uns nicht erhoben werden. Jahrzehntelang haben die christlich nationalen Gewerkschaftsführer im Kampfe gestanden, nicht nur für die sozialen, sondern auch für die kulturellen Güter des Volkes. Bei der Gründung der christlich nationalen Gewerkschaften ist Leitgedanke gewesen, das soziale Christentum in den Arbeitermassen erhalten zu wissen. Wenn Dr. Wirth erklärt, daß wir das Soziologische elementar in den Vordergrund gestellt und daß wir als Gewerkschaftler als solche Partei und Politik lenken wollten, so kann ich dem gegenüber nur sagen: Wir denken garnicht daran. Dr. Wirth muß unsere Ausführungen schon arg mißverstanden haben. Wir haben wohl das Soziologische scharf betont, aber im Zusammenhang mit dem Ganzen. Wir denken garnicht daran, Partei und Politik als Gewerkschaftler zu dirigieren, wollen allerdings, daß in der Partei unsere Arbeiter zur Geltung kommen. Wir bedauern hier auch, daß Dr. Wirth in seinen Ausführungen Gedankengänge vertritt, die vor Jahrzehnten in reaktionärer Hinsicht von Führern des Arbeitgebertums, so auch von dem letzten Kaiser beim Tode Krupps ausgesprochen sind, der u. a. den einfachen Mann aus der Werkstatt nach Berlin gesandt wissen wollte. Dr. Wirth hat sich durch diese seine eigenartigen Ausführungen außerordentlich geschadet, uns kann er mit solchen Gedankengängen nichts schaden."

Soweit die Aeußerungen Imbuschs auf den Artikel Dr. Wirths. Aus seiner Rede fügen wir weiter noch folgende Aeußerungen an:

Wenn einmal Gegensätze vorhanden seien, dann müßten diese in ehrlich offener und freundschaftlicher Aussprache ausgetragen werden. Das ideale Programm der Deutschen Zentrumspartei bedürfe keiner Besserung. Er halte für notwendig, daß in der Partei wieder der Standpunkt der Gerechtigkeit rücksichtslos vertreten werde. Erfreulicherweise habe die offene Aussprache bereits günstige Auswirkungen gezeitigt, so die dahingehende Entschließung des Reichsparteiausschusses der deutschen Zentrumspartei, die feste Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages zum Notprogramm. Gerade die Zentrumsfraktion habe sich hier die Fürsorge für die bedrängten Volksgruppen sehr angelegen sein lassen. Von einem Wahlmanöver könne hier nicht gesprochen werden. Dieser Ansicht müsse er als Arbeiterführer entschieden entgegentreten. Andere Parteien glauben sich freuen zu dürfen über die letzten Auseinandersetzungen im Zentrum. Demgenüber müsse er doch sagen: Sie brauchen sich nicht über unser Verhalten die Köpfe zerbrechen, wir werden schon selbst nach dem Rechten sehen. Das Zentrum ist in seinem Programm, in seiner Zusammensetzung und in seinem Willen zur sozialen Arbeit für die bedrängten Volksgenossen so stark, daß es sich solche Auseinandersetzungen erlauben kann. In anderen Parteien tue man besser, vor der eigenen Türe zu kehren. Man sollte sich besser fragen, warum finde sich in diesen Parteien keiner, der den Mut habe, nach dem Rechten zu sehen. Nachdem Hue und Legien nicht mehr seien, finde in der sozialdemokratischen Partei keiner den Mut dafür. „Wo finden wir hier eine entschiedene Haltung für die Aufbesserung der Lage der Arbeiterschaft? Mit Anträge ist es nicht getan, eine billige Geste, die dem Arbeiter nichts einbringt. (Lebhafte Zustimmung.) Bezüglich der Zentrumspartei habe ich die feste Ueberzeugung, daß wir Arbeiter in unserer Partei wieder zu dem rechten Verhältnis kommen werden. Auch für die Zukunft ist das Zentrum die notwendigste Partei im Parlamente. In der Vergangenheit hat die Zentrumspartei das Wohl des Gesamtvolkes als Richtschnur seines Handelns angesehen, es hat alle Schwierigkeiten mit seiner Führung und Initiative gehoben. Das Zentrum war immer dabei, wenn es galt, in der Verantwortung gegenüber dem Volke auszuharren, während die anderen links und rechts sich seitwärts in die Büsche schlugen. Rechts und links drückte man sich vor der Verantwortung. Ich erkläre, ich halte das Zentrum wegen der sozialen und ideellen Seite seines Handelns für durchaus notwendig, deshalb haben wir Arbeitnehmer auch unsere ganze Kraft in der Mitarbeit in der Partei einzusetzen um ihren Charakter als Volkspartei nicht nur zu erhalten, sondern auch noch schärfer herauszuprägen." Hier wiederholte Imbusch unter stürmischen Beifallskundgebungen den Satz seiner Oberhausener Rede: „Das Zentrum muß bleiben, was es in der Vergangenheit war, eine christlich-soziale Partei. Es geht um ein Christentum der Tat. Vertiefen wir die sozialen Gedanken, führen wir die sozialen Grundsätze der Zentrumspartei aus, dann verleihen wir der Zentrumspartei eine Stoßkraft im Parlament, die der Arbeiterschaft, aber auch allen anderen Berufsgruppen des deutschen Volkes zum Nutzen gereichen wird."

Imbusch unterstrich diesen Satz noch mit einem besonderen Hinweis auf die kommende Wahlbewegung, die dem Reichstag und Landtag ein starkes Zentrum zuführen müsse im besten Sinne der Erhaltung der geraden Linie in unserer Außen- und Innenpolitik.

Abg. von Guérard über die politische Lage.

Eine Rede in Münster.

× Münster, 26. Februar.

Im überfüllten Saale des Katholischen Gesellenhauses in Münster sprach heute abend Reichstagsabgeordneter von Guérard, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, auf Einladung der Münsterischen Zentrumspartei.

Redner betonte eingangs besonders, daß die Zentrumswähler auch diesmal so treu wie in alter Zeit zusammenstehen müssen. Er freue sich, in Münster zu sein, denn Münster sei von je her eine Hochburg des Zentrums und des Katholizismus gewesen. Eine kulturpolitische Frage war die Ursache der Auflösung der Koalition. Die Scheiterung der Schulfrage ist der unmittelbare Anlaß für die bevorstehenden Neuwahlen. Das Zentrum hat immer danach gestrebt, die Schulfrage auf dem Wege der gemeinsamen Verständigung zu erledigen, ihm war es nicht darum zu tun, eine Lösung durch Kampf herbeizuführen. Es handelte sich hier um unser Bestes und Höchstes, was wir auf der Welt haben:

Um die Seelen unserer Kinder.

Die vor einem Jahre zustandegekommene Rechtskoalition war durch besondere politische Konstellationen bedingt. Man mußte damals der Meinung sein, daß jetzt die beste Möglichkeit zur Lösung der Schulfrage gekommen sei. Die Regierungsparteien hatten sich in Richtlinien festgelegt, die auch das Reichsschulgesetz betrafen. Damals war es gerade die Deutsche Volkspartei, die die These von der Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte auf der Grundlage dieser Richtlinien verfocht. Aber im Bildungsausschuß kehrte die Deutsche Volkspartei das alte nationalliberale Mäntelchen bereits hervor. Wir Katholiken im Zentrum stehen treu wie bisher zur katholischen Kirche und zu Rom, trotz Volkspartei, trotz des überhandnehmenden Materialismus und Liberalismus. (Beifall!) Bei der Schulfrage ist die Haltung der gesamten Zentrumsfraktion stets und immer gerade gewesen. Nie und nimmer haben wir die anderen Regierungsparteien darüber im Unklaren gelassen, wo die Grenzen liegen, die für uns tragbar sind. Ich kann ganz bestimmt sagen, daß

die Volkspartei den Bruch der Koalition mit Absicht herbeigeführt

hat. Wenn das deutsche Volk durch diese gewaltsame Lösung schweren Zeiten entgegen gehen sollte, dann trägt die Deutsche Volkspartei die alleinige Schuld. (Sehr richtig!) Wenn wir geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen, dann wird auch damit eine Schwächung der katholischen Sache verbunden sein. Der Kampf um das Schulgesetz ist ein Kampf um die Geltendmachung unserer Weltanschauung. Wenn wir eine Schwächung erfahren, dann wird auch das Konkordat nicht zustandekommen.

Wo wir jetzt in den Wahlkampf gehen, sagte von Guérard weiter, wird es an Angriffen von Rechts und Links auf das Zentrum nicht fehlen. Auch die sogenannten wirtschaftlichen Gruppen werden uns kommen, so die Wirtschaftspartei, die ihre politische und parlamentarische Bedeutungslosigkeit bis zur Genüge bewiesen hat. Wir haben auch in dieser Koalition Erfolge erzielt, besonders in der Außenpolitik.

Die Mehrheit des deutschen Volkes ist der Meinung, daß wir nicht nur nicht eine Machtpolitik betreiben können, sondern sie auch nicht wollen, weil das zum kulturellen Untergang Europas führen würde. Wir müssen

nach Verständigung in Europa suchen,

auch mit Frankreich. Diese Verständigung wird allerdings durch die immer noch andauernde Rheinlandbesatzung erschwert. Eine Besatzungsmilderung ist keine Lösung dieser Frage. Denn wir haben ein Recht auf die Befreiung durch den Friedensvertrag und die daraus folgenden Verträge. Eine Befreiung um den Preis neuer Opfer wollen wir Rheinländer nicht (Bravo). Wir müssen uns der Hoffnung hingeben, daß das augenblicklich stillstehende Uhrwerk der Außenpolitik wieder in Gang kommt. Obwohl wir hinter der Außenpolitik Stresemanns stehen, müssen wir sagen, daß wir mit seiner Methode in der letzten Zeit nicht ganz einverstanden waren. Die bekannte Reichstagsrede war nicht auf die Wirkung im Ausland berechnet. Immer mehr macht sich in der Welt die Meinung laut, daß Deutschland die schweren Lasten nicht mehr tragen kann. Von der Lösung dieser Frage hängt die Befriedung im Innern ab, die steuerliche Erleichterungen für den Mittelstand und die Landwirtschaft bringen sollen. Wir werden aber

zu keiner Steuererleichterung kommen können, wenn nicht der Dawesplan geändert wird.

Eine gerechtere Steuerverteilung muß aber schon jetzt Platz greifen. Leider ist durch die Koalitionsauflösung das Steuervereinheitlichungsgesetz nicht zustandegekommen. Auf uns lasten nicht nur die 2½ Milliarden Reparationslasten, sondern wir haben auch noch drei Milliarden innere Kriegslasten aufzubringen. Solche Lasten können wir nicht mehr tragen. Aber das Ziel der Erleichterung von den Reparationslasten wird schwer zu erreichen sein. Wir wollen aber frei sein von ausländischer Beaufsichtigung. Immer wieder muß man betonen, daß die Möglichkeiten der innerpolitischen Betätigung durch die außenpolitischen Geschehnisse gebunden sind. Was wir in der letzten Koalition erreicht haben, ist der Umstand, daß die

Republik fester denn je steht.

Es wäre besser, wenn man sich weniger unnötige Sorgen um ihren Bestand macht und dafür besser auf ihrem Boden mitarbeitet. Mein Wunsch geht dahin, daß sich die Kampforganisationen der Rechten auflösen, dann kann auch das Reichsbanner verschwinden, das immer mehr zu einer Garde sozialistischer Ideen geworden ist.

Beim Finanzausgleich bedauern wir, daß eine Senkung der Realsteuern nicht möglich geworden ist.

Das Besoldungsgesetz

hat allen Parteien Schwierigkeiten gemacht. Die ganze Zentrumsfraktion hat immer die Notwendigkeiten des Berufsbeamtentums betont und wird das auch in Zukunft tun. Der Streit ging nur um den Umfang, die Art und den Zeitpunkt der Besoldungsreform. Auch über die Notwendigkeit der Erhöhung an sich haben bei uns nie Zweifel bestanden. Weiterhin haben wir unser Augenmerk auf den Wegfall von Behörden gelegt. Es sollen aber keine alten überkommenen Verhältnisse umgeworfen werden. Wir wollen eine Einschränkung der Zuständigkeiten und die Hebung der Verantwortung des Einzelnen.

Nach Aeußerungen über die sozialpolitische Arbeit des Zentrums hob der Redner besonders hervor, der Arbeiter müsse Mitträger der Wirtschaft werden und nicht ihr Objekt bleiben. Die Annahme des Notprogramms der Regierung ist keine Bankerotterklärung des Parlamentarismus, wie man vor allem in der rechtsstehenden Presse gesagt hat, sondern sie zeige, daß auch die Abgeordneten noch Verantwortungsgefühl haben.

Der Ruf der Landwirtschaft

hat auch im Zentrum Widerhall gefunden. Diese Not bedroht unmittelbar die Ernährung unseres Volkes. Das Zentrum will dem deutschen Bauern helfen. Es wird aber größtes Gewicht darauf legen, daß dabei gerade der kleine und mittlere Landwirt des Westens bedacht wird. Die Durchführung des Notprogramms soll die Landwirtschaft wenigstens bis zur neuen Ernte sicherstellen. Hoffen wollen wir, daß das Notprogramm durchgeführt werden kann. Wenn es nicht gelingt, dann wird nicht das Zentrum, das sich mit aller Liebe der Durchführung annehmen wird, die Schuld tragen.

Der Wahltag

wird voraussichtlich der 13. oder 20. Mai sein, wenn das Programm verabschiedet wird, sonst der 22. April. Für das Zentrum besteht die größte Aufgabe darin, das öffentliche Leben mit christlichem Geist zu erfüllen. Das müssen uns die kommenden Wahlen bringen.

Wir gehen in den Kampf ohne Bindung nach rechts oder links.

Das wird auch in einer späteren Koalition der Fall sein. Auch hier wird die Schulfrage immer die bedeutungsvollste Rolle spielen. Die politische Haltung des Zentrums steht in diesem Kampf auf dem Spiel. Gegen den Materialismus und Sozialismus wollen wir für die Gestaltung des sozialen deutschen Volksstaates kämpfen. Unsere Parole ist: Für Volk, Vaterland und Kirche.

Brausender Beifall folgte diesen Ausführungen.

In einem zweiten Referat behandelte Reichstagsabg. Prälat Dr. Schreiber Grundfragen der deutschen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik.

Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 26. Febr. Heute fanden im Freistaate Braunschweig die Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Die Stadtverordnetenwahlen für die Stadt Braunschweig ergaben eine Linksmehrheit. Das vorläufige amtliche Ergebnis ist folgendes: Die Sozialdemokratische Partei 44 788 Stimmen, 19 Sitze (1925: 29 951, 13 Sitze), Kommunisten 4324 1 Sitz, (1925: 5076, 2 Sitze), Demokraten 2551, 1 Sitz (1925: 2689, 1 Sitz), Nationalsozialisten 3814, 1 Sitz (1925: 289, 0 Sitz), Aufwertungs- und Aufbaupartei 601, 0 Sitz (1925: 0), Volksrechtspartei 2412, 1 Sitz (1925: Bund der Invaliden und Witwen: 816, 0 Sitz), dazu noch Volkswohlfahrtspartei 1127, 1 Sitz, Bürgerliche Einheitsliste 27 267, 12 Sitze (1925: Wirtschaftliche Einheitsliste: 14 557, 6 Sitze, dazu gehört noch Nationale Einheitsliste 27 369, 12 Sitze.

Besprechungen Dr. Stresemanns mit Titulescu.

× San Remo, 27. Febr. Der rumänische Minister des Aeußeren, Titulescu, empfing am Sonnabend mittag Reichsminister Dr. Stresemann, mit dem er eine längere Unterredung hatte, an die sich ein Frühstück anschloß. Nachher hatten beide Minister eine neue Besprechung, worauf Dr. Stresemann nach Mentone abreiste.

Die Botschafter von Hoesch und von Neurath bei Dr. Stresemann.

◇ Nizza, 26. Febr. Die deutschen Botschafter in Paris und Rom, v. Hoesch und v. Neurath, sind heute in Cap St. Martin eingetroffen und haben gemeinschaftlich mit dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold beim Reichsaußenminister Dr. Stresemann gefrühstückt.

Schweres Unglück in einer Brikettfabrik.

2 Tote, 25 Verletzte.

)(Köln, 26. Februar. Gestern abend gegen neun Uhr entzündeten sich in der Brikettfabrik der Hubertus-Braunkohlen A.-G. in Brüggen auf der Erft während des Löschens eines Brandes Kohlenstaub. Zwei Arbeiter verunglückten tödlich, 25 Personen, Beamte und Arbeiter, darunter auch der Betriebsdirektor, erlitten Brandwunden. Die behördliche Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.